

Auszug

<u>aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.03.2021:</u>

zu 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für einen Masterplan

"Saubere Saale"

Vorlage: VII/2020/01827

Abstimmungsergebnis: vertagt

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Masterplan zu erarbeiten, dessen Ziel es ist, mit geeigneten Maßnahmen:

- a. kurzfristig die gesundheitlichen Gefahren, die sich aus dem Eintrag von Abwässern aus der Mischwasserkanalisation für Badende ergeben, durch ein Überwachungsund Warnsystem zu minimieren,
- b. mittel- und langfristig den Zufluss von Regenwasser in die Kanalisation deutlich zu verringern, um auf diese oder andere Weise ein Überlaufen des Mischwasserkanals immer weiter einzuschränken und letztlich ganz zu vermeiden.

F.d.R.	
Vanessa Gaebel	
stelly Protokollführerin	



Auszug

<u>aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für</u> Planungsangelegenheiten vom 09.03.2021:

zu 6.2 Antrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Nutzung des "Alten

Schlachthofs"

Vorlage: VII/2020/01949

<u>Abstimmungsergebnis:</u> vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen inwieweit das Areal des Schlachthofes anderweitig als im Einzelhandel- und Zentrenkonzept derzeit vorgesehen bzw. als bisher diskutiert, genutzt werden kann. Zu prüfen ist inwieweit das Areal auch anderen oder zusätzliche Nutzungen z.B. Stadtteilzentrum oder einer schulischen Nutzung (weiterführende Schule) zugeführt werden kann.

Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat im 1. Quartal 2021 vorzulegen.

F.d.R.	
Vanessa Gaebel	
stelly Protokollführerin	



Auszug

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.03.2021:

zu 6.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Sicherung der sozialen Durchmischung der Wohnbevölkerung und zum Erhalt von bezahlbarem Wohnraum in Stadtteilen durch soziale Erhaltungssatzungen Vorlage: VII/2020/02033

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, für welche Stadtteile und Quartiere in Halle die Aufstellung von sozialen Erhaltungssatzungen nach § 172 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BauGB geboten ist, um die soziale Durchmischung der Wohnbevölkerung zu sichern und bezahlbaren Wohnraum zu erhalten. Ziel der stadtweiten Voruntersuchung ist die Identifikation von Verdachtsgebieten zum Erlass sozialer Erhaltungssatzungen.
- 2. Die Stadtverwaltung informiert bis Juni 2021 über die Ergebnisse der Voruntersuchung.

F.d.R.	
Vanessa Gaebel	
stelly Protokollführerin	



Auszug

<u>aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.03.2021:</u>

zu 6.4 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Begrünung und Baumpflanzung auf dem Marktplatz und innerhalb der Altstadt Vorlage: VII/2020/02037

<u>Abstimmungsergebnis:</u> vertagt

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit und an welchen Stellen zusätzliche Begrünung (Baumpflanzung, Versenkung von Pflanzkübeln, Fassaden-und Dachbegrünung) auf dem Marktplatz und innerhalb der Altstadt möglich ist. Bei der Prüfung von möglichen Standorten von Baumpflanzungen, die frei von unterirdischen Medienleitungen sein müssen, ist die Schaffung eines ausreichend großen Wurzelraums, einer unbefestigten Baumscheibe sowie eines geeigneten Substrates für entsprechende Baumarten zu berücksichtigen. Die Prüfung soll auch Standorte für Stauden und/oder mehrjährige Kräuterfluren beinhalten. Bei der Prüfung der Standorte sind die von der Forschungsgesellschaft, Landschaftsentwicklung, Landschaftsbau e.V. (FLL) entwickelten Empfehlungen und Kriterien als Maßstab anzulegen.
- 2. Das Prüfergebnis, das auch den Umfang des Pflegeaufwandes (personell und monetär) darlegen muss, ist dem Stadtrat spätestens Ende des 4. 2. Quartals 2021 vorzulegen.

F.d.R.	
Vanessa Gaebel	
stellv. Protokollführerin	



Auszug

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.03.2021:

zu 6.5 Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Aussetzung des Vorhabens einer weitestgehend autofreien Altstadt

Vorlage: VII/2020/01867

<u>Abstimmungsergebnis:</u> vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Umsetzung des Beschlusses des Stadtrats zur Entwicklung einer autofreien Altstadt (VII/2019/00276) wird vorläufig ausgesetzt und angesichts der veränderten Rahmenbedingungen der Covid 19-Pandemie durch den Stadtrat erneut geprüft. Eine Folgeabschätzung ist unter Beachtung der erschwerten Situation für Einzelhandel, Handwerk, Praxen und andere betroffene Gewerbetreibende in der Altstadt erneut vorzunehmen. Augenmerk soll dabei besonders auf die drohenden - noch weitreichenderen - Steuerausfälle gelegt werden.

F.d.R.	
Vanessa Gaebel	
stellv. Protokollführerin	